

Kraut- und Schlotbarone regieren

Seit gestern hat Deutschland eine neue Regierung. Der Reichsfanzler bleibt eine der nulligsten Erscheinungen, die je in der deutschen Politik heraufgewimmelt. Seine Ministerliste ist eine Liste der reaktionären Konzentration. Das und die Geschichte dieses Kabinettswechsels zeigen, wie sehr sich die politischen Machtverhältnisse in Deutschland durch die Wahlerfolge der Nazis zugunsten der konservativen, militaristischen, junkerlichen Reaktion verschoben haben. Das Brünning abtrat, weil er für seine Politik nicht mehr die Zustimmung des Reichspräsidenten hatte, zeigt die Schwäche dieses Reichspräsidenten. Sie war schon damit gegeben, daß dieser Reichstag Wehrarbeiten für gesetzgeberische Arbeiten nicht mehr aufbringen konnte. Steuergesetze waren weder mit einer bürgerlichen Mehrheit durchzubringen noch mit Unterstützung der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien haben im Reichstag zwar das Übergewicht über Kommunisten und Sozialdemokraten, aber sie sind unter sich zerstritten, daß sie eine gemeinsame Plattform zur notwendigsten politischen Arbeit nicht schaffen konnten. Dadurch erst war das Regieren mit Notverordnungen möglich. Der Reichstag wurde mehr ausgeschaltet als vordem, die Macht des Reichspräsidenten stieg.

Diese Verschiebung zeigte sich schon bei dem Einspruch Hindenburgs wegen des Verbots der M. Schon das wäre eine Angelegenheit des Reichstages, nicht des Reichspräsidenten gewesen. Groeniers Niederlegung des Wehrministerpostens hängt unmittelbar damit zusammen, wie überhaupt der Kampf um die Präsidialmacht Hitlers erst jener reaktionären Kammarilla die Möglichkeit gegeben hat, dem Reichspräsidenten die Auffassung einzubläuen, als handele es sich mit dem Verbot der braunen Präsidialminister um einen Kampf gegen Deutschlands „nationale Interessen“. Hier steht wohl auch die Spannung zwischen Hindenburg und Brüning ein. Die reaktionären Militärs, die Kraut- und Schlotbarone, die Nazis und ihr wilhelminischer Anhang haben einen Kampf im Dunkeln gewonnen, wobei ihnen der nationalsozialistische Sieg bei den Präsidentschaftswahlen zu Hilfe kam.

Das Kabinettswechsel Brüning war keine Regierung nach unserm Herzen. Wir haben die Wirtschaftspolitik dieser Regierung scharf bekämpft, ihre Unfähigkeit gegenüber den brennenden Fragen der Arbeitsbeschaffung in Aktionist un-

zuwandeln versucht, ihre Konzessionen an die „nationale Opposition“ scharf bekämpft. Aber dieses Kabinettswechsel war angeht die Konstellation im Reichstag die einzig mögliche verfassungsmäßige Reichsregierung, sie bedeutete eine letzte Anstrengung der Weimarer Parteien, um von der Sozialpolitik, den Tarifverträgen, den Arbeiterrechten und der Demokratie so viel zu retten, wie die Stürme der Zeiten übriggelassen haben. Darum hat die Sozialdemokratie diese Regierung toleriert und gestützt.

Was will das neue Kabinettswechsel? Es heißt, daß es gedacht sei als ein Zwischenkabinettswechsel, als eine Übergangsregierung. Aber Übergang zu was eigentlich? Wenn es sich dem Reichstag stellt, ist es bereits erledigt, denn die Abgabe des Zentrums an den Renegaten v. Papen ist so deutlich, daß an der oppositionellen Haltung des Zentrums kein Zweifel sein kann. Die „Konzentration der reaktionären Kräfte“ wird also im Reichstag keine Mehrheit finden. Dann bleiben nur Auflösung des Parlamentes und Neuwahlen. Herr v. Papen soll die Auflösungsorder bereits in der Tasche haben. Das deutsche Volk steht mitbin vor einem Reichstagswahlkampf von einer Schärfe, Wucht und Tragweite, wie wir ihn noch nicht erlebt haben.

Aber inzwischen muß regiert werden. Ein neues Defizit klopft. Wie man hört, will das Kabinettswechsel Kraut- und Schlotbarone die Brüning'schen Notverordnungsmaßnahmen aufnehmen, aber es wird sich damit nicht begnügen. Die Agrarier lehnen sich nach einer großen Entschuldungsaktion für ihre Güter, sie hoffen auf Inflation, die Schwerindustrie, die Augenberger schreiben noch Vorseitigung der Sozialpolitik und ihre Umwandlung in Wohltätigkeitsveranstaltungen. Die Arbeiterkassen dürften an diesem Kabinettswechsel rasch erleben, daß die Brüning-Regierung wirklich ein kleineres Übel war.

Und wie steht es mit der Außenpolitik? Das ist die andere schwarze Seite des Kabinettswechsels. Wenn die Konferenz von Lausanne nicht verschoben wird, sollen sich die Vertreter der Nationen in den Tagen um den 19. Juni über Friedenssicherung, Abrüstung und die deutschen Zahlungspflichten unterhalten. Die Regierung Brüning hatte das Vertrauen des Auslandes, soweit es durch die außen-

politischen Bühlereien der Nazis und ihren Kriechereien vor internationalen Prominenten nicht erschüttert war. Das neue Kabinettswechsel der reaktionären Konzentration aber stößt von vornherein auf Mißtrauen und Ablehnung. Wer will von Frankreich verlangen, daß es begeistert für seine eigene Entwaffnung eintritt, wenn in Berlin ein Kabinettswechsel auf die Beine gestellt wird, das nach außen als Zusammenballung junkerlicher, militaristischer, großagrarischer, schwerindustrieller Reaktion wirken muß? Deutschland ist mehr denn je auf internationale Solidarität angewiesen. Deutschlands Wirtschaft braucht Kredite, die sie nur durch Mitwirkung Frankreichs, Englands und Amerikas erhalten kann. Wieder einmal schäbt die deutsche Reaktion England und Amerika falsch ein. Die beiden Staaten waren drauf und dran, mächtig auf die französischen Forderungen einzuwirken, aber sie denken nicht daran, Frankreich zugunsten deutscher Militaristen preiszugeben. Seit den letzten englischen Wahlen sind die Konservativen im Unterhaus zu neuer Macht gelangt. Vor kurzem nun hat Winston Churchill im Unterhaus erklärt, es sei nicht wünschenswert, daß auf der Genfer Abrüstungskonferenz der deutsche Standpunkt durchbringe; seine Rede war eine einzige Erklärung für Frankreich, gegen Deutschland. Churchill erntete mit dieser Rede den Beifall der Konservativen, die mit 471 von 615 Parlamentärsien das gegenwärtige England darstellen.

In Frankreich stieg bei den letzten Wahlen die Linke. Das französische Volk hat sich damit für den Frieden, für die Abrüstung, für europäische Solidarität ausgesprochen. Aber dieser friedliebende Teil Frankreichs wird sich sehr hüben, einem militaristischen, reaktionären Deutschland das Votum zu erleichtern.

Von der außenpolitischen Entwicklung jedoch hängt das Wohl und Wehe Deutschlands ab. Die ungünstigen Resultate dieses Kabinettswechsels, die für das deutsche Volk schädlichen Wirkungen reaktionärer Staatsgestaltung in Deutschland werden sich sehr rasch zeigen. Die „nationale Opposition“ trägt damit die Verantwortung für die unaussprechlichen Verschärfungen der deutschen Notlage. Es war einmal ein Reichsfanzler namens Cuno — soll sich dieses für Deutschland unheilvolle Märchen wiederholen? Rascher als die Herren denken, dürfte die Zeit da sein, da man sie für ihre Unheilspolitik zur Rechenschaft ziehen wird. R. G.

„Leichtfertige Intrigen und Treibereien“

Zentrum lehnt jede Verantwortung ab

D. Berlin, 2. Juni. (Fig. Funk.)

Die Zentrumsfraktion des Reichstags, die am Mittwoch den ganzen Tag über Beratungen abgehalten hatte, gibt folgende Kundgebung bekannt:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat heute eingehende Berichte über die neuerschaffene politische Lage entgegengenommen. Die Vorgänge der letzten Tage, die zum Austritt des Kabinetts Brüning geführt und im Laufe kürzester Zeit fremden hervorgehoben haben, fanden einmütige und scharfe Verurteilung.“

Unmittelbar vor zielreicher vorbereiteter internationalen Verhandlungen haben leichtfertige Intrigen verfassungsmäßig unverantwortlicher Personen hoffnungslos die Linien einer in großen Zusammenhängen eingeleiteten nationalen Außenpolitik jäh unterbrochen und den wirtschaftlichen und sozialen Existenzkampf aller Gruppen des deutschen Volkes wesentlich erschwert.

Die deutsche Zentrumsfraktion hat im Laufe der Geschichte immer wieder unter Selbstauspferung die politische Verantwortung übernommen und getragen. Sie hat es getan im Zeichen einer christlich-nationalen Staatspolitik und einer moralischen Auffassung des öffentlichen Lebens. Indem wir und erneut zu diesen staatspolitischen Grundlagen bekennen, verwerfen wir das monatliche geübte System unkontrollierbarer Treibereien und erklären, daß wir für alle hieraus sich ergebenden Erschwerungen unserer inneren Lage und äußeren Möglichkeiten jede Verantwortung ablehnen.

Das mit dem Kabinettswechsel unterbrochene außen- und innenpolitische Gesamtwerk soll nunmehr politischen Experimenten ausgeliefert werden. Weil die Parteikräfte der Opposition sich weigern, die politische Verantwortung mit zu übernehmen, werden Zwischenlösungen angestrebt. Solche Zwischenlösungen sind keine „nationale Konzentration“. Sie bieten auch keinerlei Bürgschaft für die Fortführung einer Außen- und Innenpolitik, wie sie die Zeitumstände gebieterisch verlangen.

In einem Augenblick schwerer politischer Verunsicherung und politisch ungezügelter Verwirrung hat es die Zentrumsfraktion für ihre Pflicht, eine Gesamtpolitik zu fordern, in der nationale Freiheit und Gleichberechtigung, entschlossener Kampf mit dem Kernproblem der Arbeitslosigkeit, Sicherung unserer Währung, Erhaltung selbständiger Existenzen in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die Gewährleistung sozialer Grundrechte und Ausförmlichkeiten und vollständige Bedingungslosigkeit des Lebens im Vordergrund stehen.

Aus solcher Lebensbegeisterung heraus lehnt die Zentrumsfraktion die Zwischenlösung ab.“

Verflechtung und Vertarnung

D. München, 1. Juni. (Fig. Drahtbericht.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz begründet die ablehnende Haltung ihrer Reichstagsfraktion gegenüber Herrn von Papen mit folgendem Kommentar:

„Der Kabinettswechsel hätte nur dann einen begründeten Sinn gehabt, wenn der Nachfolger Brüning's mit einer Lösung auf den Plan getreten wäre, die die Nationalsozialisten in den Bann einer klaren verantwortlichen Mitarbeit an der Regierung gezogen hätten. In diesem Falle hätte es sich, ganz gleich wie man sich zu einer solchen Entwicklung hätte stellen wollen, wenigstens um eine klare Situation gehandelt. Es wäre gewiß auch nur ein Experiment mit großen Fragezeichen und Wagnissen gewesen, aber immerhin ein Experiment, das eine klare Stellungnahme

ber Ablehnung oder der Mitarbeit ermöglicht hätte. Was wir mit dem Kabinettswechsel erleben, muß als

ein außerordentlich fragwürdiger Versuch der Verflechtung und der Vertarnung der Wirklichkeit

bezeichnet werden. Dieses Kabinettswechsel wird den heißen Wunsch der Nationalsozialisten nach Reichstagsauflösung und Neuwahlen erfüllen und gleichzeitig den Nationalsozialisten jegliche Verantwortung für Regierungstaten bis zu den Neuwahlen abnehmen. Die Regierung Papen trägt von vornherein das Stigma des Fehlschlages.

Es ist recht und billig, daß diejenigen, die eine leichtfertige Regierungsführung getrieben haben, nun auch die Verantwortung für die Folgen übernehmen.

Bei der sachlichsten Einstellung zu den politischen Geschehnissen, die auch eine mit der allergroßten Skepsis empfangene

Regierung jeweils nur nach ihren Taten beurteilen will, kann es niemand zugemutet werden, sich in irgendeiner Form an einem Unternehmen der politischen Verlegenheit zu beteiligen, nur zu dem Zwecke, um den Verantwortlichen für dieses Experiment Verantwortlichkeiten abzunehmen. Je kritischer sich die Verhältnisse in Deutschland zuspitzen, desto eher bedarf es einer Politik der Klarheit und der rücksichtslosen Entschleunigung der Wirklichkeit. Zwischenlösungen im Stille dieser Regierung Papen bewirken keine Klärung, sondern erzeugen erst recht politisches Zwielicht. Gerade die Verantwortung des Herrn von Papen zu diesem Zwischenstadium beweist das starke Bedürfnis der Regisseure nach Zwielichtsmöglichkeiten. Die Bayerische Volkspartei hat aber keinen Anlaß, diesem Bedürfnis irgendwie Rechnung zu tragen.“

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei beschloß nach mehrstündiger Beratung, daß für ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei eine aktive Beteiligung an einem Übergangskabinettswechsel von Papen nicht in Frage kommt.“

Auf Grund dieses Beschlusses hat Reichspostminister Schädel die Aufforderung des Herrn von Papen, in eine von ihm zu bildende Regierung einzutreten, abgelehnt.

Arbeitsminister Goerdeler

Das Kabinettswechsel Brüning ist nicht zuletzt gestürzt worden, weil der Reichsarbeitsminister Stegerwald der Schwerindustrie und den Großagrariern im Wege stand. Von Bedeutung für die Beurteilung des Reichstages, der jetzt durch ein Kabinettswechsel eingeleitet werden soll, ist daher vor allem die Befehle des Arbeitsministerpostens. Nachfolger Stegerwalds wird voraussichtlich Dr. Goerdeler, der deutsch-nationale Oberbürgermeister von Leipzig und frühere Preis-Kommissar, der vor kurzem erst im Kampf um die Notverordnungspläne der Regierung Brüning von neuem auf sozial-politischem Gebiet eine Rolle spielte.

Goerdeler vertritt das Arbeitgeberprogramm, und das besteht zur Zeit in zwei Hauptpunkten, nämlich in der Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung und im Abbau des Arbeitslosen-schutzes. Diese beiden Abbaumaßnahmen sollen die Durchführung eines neuen verschärften Lohndruckes ermöglichen. „Entlastung der Produktion“ — das ist die Generalformel der Wirtschaftskretter bei den Arbeitgeberseigenen.

Die Arbeitslosenfrage soll nach dem Willen der Arbeitgeberseigenen in der Form gelöst werden, daß auf der ganzen Linie alle tarifpolitischen Sicherungen im Lohn und in der Arbeitszeit wegfallen, so daß praktisch die Arbeitenden auf das Niveau der Arbeitslosen heruntergedrückt werden. Keine Sicherung des Arbeitslosen-schutzes mehr durch Steuern, zu denen auch die Allgemeinheit und also auch das Unternehmertum beizutragen hätte, sondern Abbau der Versicherung und nur noch einseitige Arbeitslosen-schutz mit Fürsorgecharakter, d. h. Unterstützung nur dann, wenn dem Arbeitslosen der Tod auf der Junge liegt.

Die Beseitigung der „Tariffarre“ soll natürlich nur der Anfang einer vollen Abschaffung der Tarife darstellen. Die Abschaffung der Tarife

soll stappweise herbeigeführt werden, wenigstens hielt man ein solches stappweises Vorgehen bisher für angemessen; ob man nunmehr, nachdem politisch den Scharfmachern freie Bahn geschaffen wurde, rasch auf Ganze gehen will, muß abgewartet werden. Einstweilen will man noch gnädig einen sogenannten Mindestlohn zubilligen und ebenso eine Höchstgrenze für die Arbeitszeit, aber zwischen diesen beiden Grenzen soll der Arbeitgeber völlige Bewegungsfreiheit haben. Selbstbestimmtheit in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — das ist das Ziel.

Herr im Hause wie früher! Alle Scharfmacher, Hinstlerlinge, Sozialreaktäre und Camachenköpfe, die Herrschaften der Harzburger Front haben sich zusammengetan, um, gestützt auf ihren Landsknecht Hitler, mit dem Sturz Brüning's den Einfluß der Arbeiterbewegung überhaupt bei der Gestaltung des deutschen Schicksals auszuschalten. Die Frage ist nur, ob sich die Arbeiterbewegung ausschalten läßt.

Papen ausgeschlossen

Berlin, 2. Juni. (Fig. Funk.) Von zuständiger Stelle der Zentrumsfraktion wird mitgeteilt: „Ohne den persönlichen, wenn auch sachlich nicht berechtigten Motiven zu nahe zu treten, aus denen Herr von Papen sich subjektiv veranlaßt fühlte, den bekannten Schritt zu tun, stellt die Zentrumsfraktion fest, daß sein Entschluß im bewußten Gegensatz zu der Auffassung der Parteileitung erfolgt ist. Da sich daraus ergebenden Folgerungen liegen ohne weiteres klar.“

Aus dieser Verlautbarung wird ersichtlich, daß von Papen auch seine Erklärung, er trete aus der Zentrumsfraktion aus, bisher nicht wahrgemacht hat. Die Parteileitung der Zentrumsfraktion wird ihn deshalb noch heute wegen Parteischädigenden Verhaltens ausschließen.“